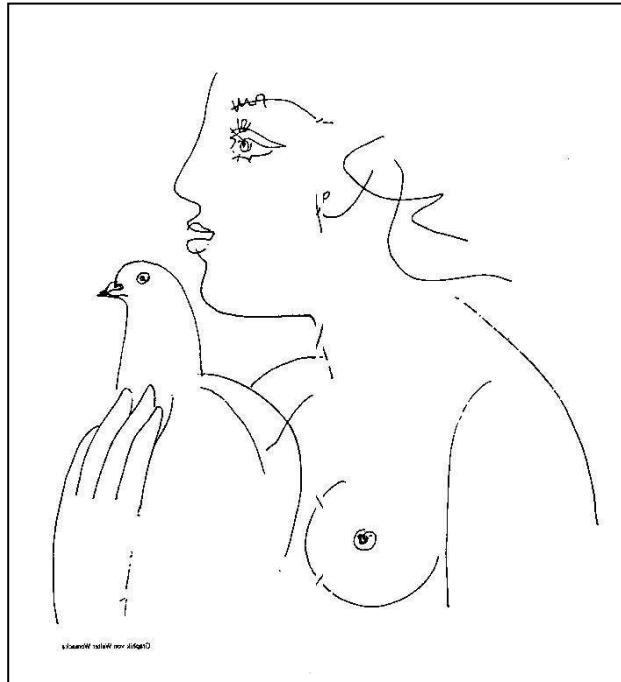


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 111



Angela Merkel und der Frieden

Eine Dokumentation

von

Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: 08. März 2013

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Die Pfarrerstochter Angela Dorothea Merkel hat es weit gebracht. Sie ist seit 13 Jahren Vorsitzende einer Partei, die das Christliche im Namen führt. Sie ist seit acht Jahren Bundeskanzlerin. Sie sei – einer Umfrage zufolge – die „beliebteste Politikerin in Deutschland“.

Sie war nach Einschätzung des US-Magazins „Forbes“ auch 2012 die „mächtigste Frau der Welt“.

Was hat Frau Merkel so „beliebt“ und so „mächtig“ gemacht, dass mancher Politiker sie schon als nächste Friedensnobelpreisträgerin sieht?

Ist die deutsche Bundeskanzlerin eine so entschlossene und konsequente Verteidigerin des Friedens auf Erden?

Einer ihrer Vorgänger im Amt hat als einen wesentlichen Maßstab für Politik genannt: *„Frieden sei nicht alles, aber ohne Frieden sei alles nichts“*.

Lässt sich die heutige Bundeskanzlerin hinsichtlich ihrer Zielvorgabe von diesem Credo leiten?

Sie ist in einem Elternhaus aufgewachsen und erzogen worden, in dem ihr, so darf angenommen werden, die Heilige Schrift nahegebracht wurde, in dem die christlichen Gebote galten. In dem sie auch das fünfte Gebot lernte, das über das Verbot des Tötens, auch des Tötens im Krieg, Es ist auch anzunehmen, dass sie von ihrem Vater das Bibelwort vernommen hat:

„Lasst uns dem nachstreben, was zum Frieden dient und zur Erbauung.“ Oder das Wort *„Es ist kein Schwert oder Speer, das der Herr rettet.“*

Was hat sie davon bewahrt. Was ihrem Handeln, vor allem als Politikerin, zugrunde gelegt?

Krieg „in letzter Konsequenz“

Die Bundeskanzlerin erklärt zum Friedensgebot: *„Ein Blick zurück in unsere eigene Geschichte mahnt dazu, den Frieden als wertvolles Gut zu erhalten und alles zu tun, um kriegerische Auseinandersetzungen zu vermeiden.“* Ein lobenswerter Ansatz, könnte man meinen. Doch dann fügt sie hinzu: *„Ein Blick*

in die gleiche Geschichte mahnt aber auch, dass ein falsch verstandener, radikaler Pazifismus ins Verhängnis führen kann und der Einsatz von Gewalt trotz des damit einhergehenden Leides in letzter Konsequenz unausweichlich sein kann, um noch größeres Übel zu verhindern. Auch die jüngere europäische Geschichte zeigt, dass Krieg im Umgang mit Diktatoren zur ‚ultima ratio‘ werden kann. Beim Kosovo-Krieg hat eine ‚coalition of the willing‘ durch den Einsatz von Gewalt noch größeres Leid verhindert.“ (1) Bemerkenswert an dieser Grundposition der Bundeskanzlerin zur Frage Krieg-Frieden ist u. a.:

Mit keinem Wort wird bei ihrem „Blick zurück in unsere eigene Geschichte“ erwähnt, dass die beiden Weltkriege des vergangenen Jahrhunderts von deutschem Boden ausgingen.

Mit keinem Wort wird erwähnt, welche politischen und sozialen Kräfte mit welcher Zielsetzung diese Kriege entfesselten. Dass also die Welt vom deutschen Imperialismus Vernichtung und viel millionenfaches Leid erfuhr. Mit keinem Wort wird erklärt, wem sie den von ihr erwähnten „radikalen Pazifismus“ zuordnet. Mit keinem Wort wird erwähnt, dass internationale Konflikte allein mit friedlichen Mitteln zu lösen sind und das Gewalt-Monopol allein der UNO vorbehalten ist. Stattdessen rechtfertigt sie „den Einsatz von Gewalt“, also von Krieg als „ultima ratio“ im, wie sie formuliert, „Umgang mit Diktatoren“. So wird die Zerstörung der Sozialistischen Föderation Jugoslawien, die sie „Kosovo-Krieg“ nennt, von ihr legitimiert.

Bei solcher Betrachtungsweise wird verschleiert:

- dass Deutschland durch Teilnahme an dieser Intervention wieder zur kriegführenden Macht wurde,
- dass nach über einem halben Jahrhundert wieder Krieg von deutschem Boden ausging,
- dass mit diesem Aggressionsakt das Völkerrecht, der 2+4-Vertrag und das Grundgesetz wie einen Fetzen Papier behandelt wurde,
- und dass - nach dem Anschluss der DDR - das größer gewordene imperialistische Deutschland einen dritten Versuch einleitete, um seine hervorgehobene Rolle bei der Revision

1 http://de.wikipedia.org/wiki/Angela_Merkel

der Nachkriegsordnung und der Neuordnung Europas unter Beweis zu stellen.

Verdeckt wird mit Merkels Wort vom „Kosovo-Krieg“ auch die Rolle, die die Kohl-Regierung bei Entfaltung der NATO-Intervention gegen Jugoslawien spielte. Die damalige Bundesregierung mit ihrem Außenminister Genscher ermunterte die secessionistischen Kräfte in Jugoslawien. In dem sich zum Bürgerkrieg entwickelnden Konflikt wurde einseitig Partei ergriffen. Schließlich trug die Bundesregierung 1991 mit ihrem Alleingang einer Anerkennung Sloweniens und Kroatiens – ohne andere EU-Mitglieder mit einzubeziehen – zur Eskalation des Krieges und zur Liquidierung Jugoslawiens entscheidend bei.

Der damalige UN-Generalsekretär de Cuellar hatte gemahnt, eine unkoordinierte Anerkennung könne die Friedensbemühungen seines Sondergesandten Cyrus Vance unterlaufen. (2) Vance sprach später von „Genschers war“. (3) Der damalige US-Außenminister Warren Christopher resümierte 1993: „Deutschland ist für den Krieg mit verantwortlich.“ (4) Und der namhafte norwegische Friedensforscher Johan Galtung konstatierte: „Ich sage, dass Deutschland hier ein Verbrechen begangen hat.“

(5) Angela Merkel aber will die nationale und internationale Öffentlichkeit „den Umgang mit Diktatoren“ lehren. Wobei die Haltung der Bundesregierung zu Diktatoren – wie noch zu zeigen sein wird – höchst zwiespältig ausfällt. Keineswegs zwiespältig ist dagegen, ihre Haltung zu den weiteren Weltordnungskriegen. Da nickt sie Zustimmung und Unterstützung für den Einsatz von Gewalt, von Krieg als „ultima ratio“ ab.

Krieg als Element der deutschen Außenpolitik

Der **Krieg gegen Afghanistan** stand schon vor dem, von wem auch immer inszenierten und verübten, Terroranschlag auf das

2 Der Spiegel, 37/2004

3 www.mathiaskuentzel.de/contents

4 Der Spiegel, 37/2004

5 www.mathiaskuentzel.de/contents

World Trade Center fest. Zwei Tage vor dem 11.9. lag dem Weißen Haus ein detaillierter Aktionsplan gegen das Land am Hindukusch vor. Die BRD war von Beginn des Krieges getreuer NATO-Partner. Als Bundeskanzlerin lobt Angela Merkel überschwänglich den früheren sozialdemokratischen Bundeswehrminister Struck. Der hatte bekanntlich im März 2004 in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag darauf orientiert: „Die deutsche Sicherheit wird nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt.“ (6) Frau Merkel bekannte begeistert: „Der berühmte Satz Peter Strucks bringt es für mich auf den Punkt. Bis heute hat es niemand treffender ausdrücken können.“ (7) Mit dieser euphorischen Wertschätzung durch die Kanzlerin haben spätere Erklärung gleichen Inhalts von Struck-Nachfolgern nur noch Wiederholungswert. So, wenn von Guttenberg betonte: „Wir werden unsere Soldaten potenziell auf der ganzen Welt einsetzen können.“ (8) Oder wenn de Maiziere unterstreicht: „Die Sicherheit Deutschlands ist heute nicht mehr geografisch zu begrenzen.“ (9) Immerhin – durch Wiederholung soll in der Öffentlichkeit in Sachen Machtanspruch des deutschen Imperialismus und globaler Aktion der Bundeswehr Gewöhnungseffekt erreicht werden.

So scheint es selbstverständlich, wenn immer wieder das Bundestagsmandat für den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan von einer Mehrheit verlängert wird und die Bundeskanzlerin, wie 2010, mit einem Appell den Abgeordneten ins Gewissen redet: „Wir können von unseren Soldaten nicht Tapferkeit erwarten, wenn uns selbst der Mut fehlt, uns zu dem zu bekennen, was wir beschlossen haben.“ (10)

Als der Bundeswehroberst Klein – trotz der Bedenken der US-amerikanischen Luftüberwachung und wider bessere Wissen – in Kunduz mit seinem Befehl ein Massaker auslöste, bei dem über 140 afghanische Zivilisten, darunter viele Kinder, ums Leben kamen, forderte Merkel angesichts der Empörung in der

6 www.gjm.de/index

7 Zeit online, 22. Dezember 2012

8 Der Spiegel, 24/2010

9 zit. in: Junge Welt, 20. Mai 2011

10 www.bild.de/politik/2010/soldat/kanzlerin

Öffentlichkeit zunächst eine „lückenlose Aufklärung des NATO-Bombenangriffs in Afghanistan.“ (11) Als in unserer schnelllebigen Zeit die Untat Kleins in Vergessenheit geriet, wurde er zum General befördert. (Dass ein deutscher hoher Offizier den wider besseres Wissen

Im **Krieg gegen den Irak** beschränkte die Bundesregierung unter Gerhard Schröder ihre Unterstützung auf logistische Hilfe für die US-Streitkräfte, die Gewährung von Überflugrechten und darauf, dass BND-Agenten im Irak als „Aufklärer“ wirkten, indem sie militärisch relevante Informationen an das US-Militär lieferten. (12) Frau Merkel, damals Oppositionsführerin, kritisierte dagegen die Haltung der von Schröder geführten Bundesregierung, die sich zu einem Bundeswehreinsatz nicht entschließen konnte. Zugleich bekundete sie ihre Sympathie für den Feldzug der USA und der „Koalition der Willigen“. Schon am 18. März 2003, nachdem die US-Regierung Saddam Hussein aufgefordert hatte, das Land binnen weniger Tage zu verlassen, war von Angela Merkel zu vernehmen: „Wenn wir das Ultimatum unterstützen, dann impliziert das natürlich alle Folgen, die sich aus einem solchen Ultimatum ergeben.“ (13) Später bekräftigte sie, wiederum mit der „ultima ratio“: „Man hatte einen Punkt erreicht, an dem Krieg unvermeidbar geworden war. Bei einem Nichthandeln wäre der Schaden noch größer geworden.“ (14)

Auch im nunmehr seit Jahrzehnten andauernden **Psychologischen Krieg gegen den Iran** hat die Bundeskanzlerin wiederholt Partei ergriffen.

Der Iran, 2001 von George W. Bush zum „Schurkenstaat“ und Bestandteil einer „Achse des Bösen“ erklärt, ist Objekt in der Planung von Weltordnungskriegen geblieben. Im sogenannten Atomstreit wird Teheran in bestimmten Abständen bezichtigt, die Welt mit der Produktion einer „unmittelbar“ oder „demnächst“ produzierten „iranischen Atombombe“ zu bedrohen.

11 www.dradio.de/aktuell, 8. September 2009

12 Spiegel online, 19. August 2011

13 ARD, 18. März 2003

14 www.sueddeutschezeitung.de/politik/merkel-und-der-irak-krieg

Der Iran ist übrigens, im Unterschied zu solchen Atommächten wie Indien, Pakistan und Israel, Unterzeichnerstaat des Atomwaffensperrvertrages. Er wird regelmäßig von der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA) kontrolliert.

Der seinerzeit von Georg W. Bush gegebenen Orientierung, das Regime in Teheran „auszulöschen“, liegt die Absicht zugrunde, den russischen und chinesischen Einfluss in dieser für die Beherrschung ganz West- und Zentralasiens so bedeutsamen Region zu eliminieren und den Zugang zu umfangreichen Rohstoffressourcen abzusichern.

Wiederholt sind von US-amerikanischer Seite und vom israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu massive Angriffsdrohungen gegen den Iran artikuliert worden. Netanjahu zog auch einen Alleingang ins Kalkül. Die deutsche Bundeskanzlerin wollte in diesem Reigen nicht fehlen. Sie erklärte bei ihrem zweiten USA-Besuch seit ihrem Amtsantritt gegenüber G.W. Bush die „völlige Übereinstimmung“, dass Iran auf keinen Fall in den Besitz von Atomwaffen kommen dürfe. Bush lobte Merkel für ihre „Standhaftigkeit und Stärke“ in der Iran-Frage. (15)

Vor sieben Jahren, auf der 42. Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2006, legte sie deutlich nach: „Wir wollen und wir müssen die Entwicklung iranischer Nuklearwaffen verhindern. Das Nuklearprogramm des Iran erweckt den berechtigten Argwohn, die berechtigte Sorge, die berechtigte Befürchtung, dass es hierbei nicht nur um die friedliche Nutzung der Kernenergie, sondern dass es hierbei auch um militärische Optionen geht. Der Iran hat mutwillig – ich muss das leider so sagen – die ihm bekannten ‚roten Linien‘ überschritten.“ (16)

Obwohl der Iran über keine Nuklearwaffen verfügt, habe er nach Ansicht der deutschen Bundeskanzlerin „mutwillig“ die „roten Linien überschritten.“ Deutlicher können Aggressoren nicht ermuntert werden.

Gegenüber dem Netanjahu-Regime, das sich als „Ordnungsmacht“ in der Region versteht und diese Macht auch verschiedentlich militärisch anwendete, hat Frau Merkel mehrfach Soli-

15 dpa, 4. Mai 2000

16 Handelsblatt, 4. Februar 2006

daritätsbekundungen abgegeben. So versicherte sie, die Sicherheit Israels „ist Teil der Staatsräson meines Landes“. (17) Und sie betonte: Israel Sicherheit sei „niemals verhandelbar, und wenn das so ist, dann dürfen das in der Stunde der Bewährung keine leeren Worte bleiben.“ (18) Eine Versicherung, die ein militärisches Eingreifen der Bundeswehr im Kriegsfall einschliesse. Was jedoch ein CDU-Nachwuchstalent, den außenpolitischen Sprecher der Unionsfraktion Philipp Mißfelder im Bundestag Anfang Februar 2013 veranlasste, die Position seiner Parteivorsitzenden mit folgenden Worten zu bekräftigen: „Ich würde die militärische Option nicht ausschließen, weil es...unsere gemeinsame Verhandlungsposition als Westen an der Seite Israels schwächen würde, wenn wir von Anfang zeigen, dass wir dazu nicht bereit wären und nicht entschlossen genug, Israel zu verteidigen, auch um den Preis einer Militärintervention.“ (19)

Krieg gegen die „Arabellion“

Mit dem **Krieg gegen Libyen** bekundeten die imperialistischen Staaten ihre Entschlossenheit, die Aufstandsbewegung in Nordafrika, von der sie überrascht worden waren, zu stoppen. Als nach Beginn der Aggressionshandlungen die libysche Armee heftigen Widerstand leistete, forderte die Bundeskanzlerin den libyschen Staatschef Gaddafi zum sofortigen Rücktritt auf. „Es muss ganz klar sein, dass jemand, der Krieg gegen sein eigenes Volk führt, für die EU kein Gesprächspartner ist.“ (20) Soldaten der Bundeswehr waren in diesem Krieg „im Bereich der sogenannten Zielauswahl“ für die Luftangriffe der Allianz gegen Libyen eingesetzt. „Durch diese Aktivitäten nehmen wir heimlich am Libyen-Krieg teil“, befand der Grünen-Politiker Ströbele. (21)

17 www.welt.de/politik/ausland/merkel

18 Der Spiegel, 3/2013

19 DLF, 4. Februar 2013

20 Spiegel online, 11. März 2012

21 Spiegel online, 19. Februar 2011

Bei der „Neuordnung“ der Machtverhältnisse in der Region, beim „Regime change“, beteiligt sich die BRD aktiv auch an der verdeckten **Aggression gegen Syrien**.

Die Bemühungen des Sondergesandten der UNO und der Arabischen Liga für Syrien, Kofi Annan, durch Verhandlungen aller Beteiligten am einen politischen Prozess zur gewaltfreien Lösung des Konflikts zu erreichen, wurden vom Westen nach anfänglicher verbaler Unterstützung gemeinsam mit den reaktionären Golf-Diktaturen torpediert. In gleicher Weise verfahren und verfahren die Westmächte und die Golfdiktaturen mit den Initiativen des Annan-Nachfolgers Lakhar Brahimis.

Die BRD initiierte und unterstützte vehement eine Serie von EU-Sanktionen gegen Syrien, die vor allem die Bevölkerung des Landes trafen. Die Bundesmarine stationierte vor der syrischen Küste ein „Flottendienstboot“, eine schwimmende Abhörzentrale. Ausgerüstet mit modernster Spionagetechnik erfasst sie den syrischen Funkverkehr. Truppenbewegungen bis 600 Kilometer ins Land hinein werden verfolgt. Die Ergebnisse werden an „amerikanische und britische Partnerdienste“ weitergeleitet. Diese vermitteln sie an Aufständische, welcher Couleur auch immer. Ein BND-Agent drückte seinen Stolz über den „wichtigen Beitrag“ aus, den Deutschland zum Sturz des Assad-Regimes leiste. (22) Monate zuvor hatte Frau Merkel befunden: „Präsident Assad hat an der Spitze seines Landes nichts mehr zu suchen.“ (23)

Anfang 2012 hatte Merkels Außenminister Westerwelle einen „Führungsanspruch Deutschlands“ bei der „Regelung der Nachkriegsentwicklung“ in Syrien öffentlich gemacht.

Mitte 2012 kam es dann in Berlin zur Konstituierung eines „Arbeitsstabes Syrien“. Teilnehmer sind Personen syrischer Herkunft. Der „Arbeitsstab“ nahm seine Tätigkeit unter dem Code-Schlüssel „The Day after“ auf.

Zum Truppeneinsatz entschloss sich die Bundesregierung, als die Türkei als Kriegspartei der ersten Stunde, die NATO um die Stationierung von Patriot-Raketen im türkisch-syrischen

22 Bild am Sonntag, 19. August 2012

23 ntv, 6. Februar 2012

Grenzgebiet ersuchte. Die Raketen sollten angeblich die Türkei vor syrischen Angriffen schützen. Angela Merkel sagte, noch ehe die NATO-Zentrale eine Entscheidung traf, die Unterstützung der BRD zu: „Wir sind Verbündete im Rahmen der NATO. Insofern fühlen wir uns für die Sicherheit der Türkei verantwortlich.“ (24)

Merkels Zusage stand im völligen Widerspruch zur späteren Einschätzung der Bundesregierung. Die lautete: „Der politische Wille des syrischen Regimes zum Einsatz seines Waffenarsenals gegen die Türkei ist derzeit nicht erkennbar.“ (25)

Als **ein neuer Kriegsherd im Vielvölkerstaat Mali** mit dem militärischen Eingreifen der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich entstand, engagierte sich auch die BRD. Die Bundesregierung entsandte sofort drei Transall-Maschinen, um Frankreich bei der Rückeroberung des von islamistischen Fundamentalisten besetzten Norden des Landes zu unterstützen. Die Fundamentalisten waren von Saudi-Arabien und Katar ausgebildet worden. Im senegalesischen Dakar richtete die Bundeswehr einen festen Lufttransportstützpunkt ein. Sie leistet logistische Hilfe. Außerdem stellte die Bundesregierung 20 Millionen Dollar für die malischen Truppen und eine afrikanische Interventionstruppe zur Verfügung. Ausbilder und Berater für die malische Armee sind zugesagt. Angela Merkel versichert dem französischen Präsidenten Hollande: „Wir wissen, dass das eine schwere militärische Mission ist, die Frankreich im Augenblick erfüllt für uns alle.“ (26)

Paris verfolgt zugleich kolonialistische Ziele: Die reichen Uranvorkommen in der Region sind für die französischen Atomkraftwerke von entscheidender Bedeutung. Das an die Macht geputschte Militärregime in Bamako war zur Absicherung dieser Interessen nicht in der Lage. Die islamistischen Kräfte waren von Saudi-Arabien und Katar aufgerüstet worden.

24 Berliner Zeitung, 1. November 2012

25 Grußbotschaft des Aktionsbündnisses „Deutschlands NATO-Mitgliedschaft beenden!“ an TKP. zit. in: Junge Welt, 4. Februar 2013

26 zit. in: Junge Welt, 23. Januar 2013

Merkel-Doktrin

Um kostspielige Auslandseinsätze zu reduzieren und dennoch geostrategische Ziele weiterhin zu verfolgen, hat Angela Merkel eine Doktrin entwickelt. Angeregt durch Überlegungen deutscher Think Tanks, hat sie Modifizierungen in den zentralen Prämissen der deutschen Außenpolitik vollzogen. Schon wird von einer „Merkel-Doktrin“ gesprochen. Deren Inhalt erläutert sie so: „Es liegt in unserem Interesse, davon bin ich überzeugt, wenn wir Partner dazu befähigen, sich für die Bewahrung oder Wiederherstellung von Sicherheit und Frieden in ihren Regionen wirksam einzusetzen.“ (27) Über die „Befähigung“ von „Partnern“ gemäß der „Merkel-Doktrin“ schreibt „Der Spiegel“: Deutschland „schickt nur noch im Notfall Soldaten in Krisengebiete, Stattdessen sollen ‚Partnerländer‘ in den betroffenen Weltgegenden durch Rüstungsexporte ‚ertüchtigt‘ werden, selbst für Frieden und Sicherheit zu sorgen.“ (28)

Das Rüstungsgeschäft hat seit der Merkel'schen Kanzlerschaft Hochkonjunktur. Die Rüstungsexporte verdoppelten sich von 2006 bis 2010 gegenüber dem vorangegangenen Jahrfünft. Die BRD nimmt heute hinter den USA und Russland den dritten Platz in der Weltrangliste der Rüstungsexporteure ein. 2011 wurden Rüstungsgüter im Wert von 5,4 Milliarden Euro exportiert. Frau Merkel erweist sich als Glücksfall für die deutschen Rüstungskonzerne. Bei Auslandsreisen betätigt sie sich auch als Vermittlerin von Waffengeschäften. „Merkel nutzt ihre Auslandsreisen mittlerweile gezielt, um Rüstungsdeal anzubahnen.“ (29) Zu manchen ihrer Auslandsbesuche wird sie von Vertretern der Rüstungsindustrie begleitet. „Wenn die Kanzlerin im Regierungs-Airbus zu Staatsbesuchen nach Indien fliegt, nach Angola, nach Brasilien oder nach Abu Dhabi, dann nehmen in der Maschine gerne die Manager von Waffenschmieden Platz.“ (30) Frühere Verbote oder Beschränkungen für Waffenexporte in Krisenregionen werden negiert.

27 qpress.de/deutsche-waffen/ Der Spiegel, 19/2012

28 Der Spiegel, 19/2012

29 ebenda

30 Berliner Zeitung, 5. Dezember 2012

Über die Lieferung von Waffen entscheidet der geheim tagende Bundessicherheitsrat. Der Bundestag erfuhr über die im Jahre 2011 getätigten Geschäfte erst Anfang Januar 2013.

„Der Spiegel“ konstatiert: „Der Verkauf von Waffen ist ein zentrales Element ihrer außenpolitischen Strategie geworden...Ohne einer breiteren Öffentlichkeit darüber Rechenschaft abzulegen, hat die Kanzlerin, von Außenminister Westerwelle unterstützt, zentrale Prämissen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik verändert: Waffenexporte in Krisenregionen, lange ein Tabu, sollen wesentliche Pfeiler der Sicherheitspolitik werden...Die Kanzlerin will Länder stärken, die in ihrer Region aus deutscher Sicht für Stabilität sorgen können...Man müsse Staaten, die sich engagieren wollen, auch dazu befähigen. Das schließe ausdrücklich den Export von Waffen ein...“ (31)

Das immer wieder gebrauchte Merkel-Deutsch von „Frieden“, „Stabilität“ und „Sicherheit“ findet seine Übersetzung, wenn man die Empfängerländer von Rüstungsgütern betrachtet. Da ist beispielsweise **Saudi-Arabien**. Auf der aktuellen Lieferliste stehen 30 ABC-Spürpanzer vom Typ „Dingo 2“, Radpanzer vom Typ „Boxer“ und Kampfpanzer vom Typ „Leopard“ sowie eine Vielzahl von Kleinwaffen. Außerdem Patrouillenboote im Gesamtwert von 1,5 Milliarden Euro. Radpanzer vom Typ „Boxer“, weiß „Der Spiegel“, seien „ein geeignete Waffensystem, um Aufständische niederzuschlagen“. (32)

In der Golf-Diktatur Saudi-Arabien gibt es keine Parteien, keine Gewerkschaften, keine Wahlen, aber einen umfangreichen Repressivapparat. Für „inneren Frieden“ nach seiner Machart sorgte Saudi-Arabien, als es den Volksaufstand in Bahrein mit Panzern niederwalzte. Saudi-Arabien - wie auch Katar - sind massiv am Stellvertreterkrieg gegen Syrien beteiligt. Sie unterstützen terroristische Kräfte mit umfangreichen Waffenlieferungen, um das Assad-Regime zu stürzen. Dem Westen kommt entgegen, dass sich Saudi-Arabien auch als Frontstaat gegen den Iran begreift. Diese Golf- Diktatur soll „mit deutschen Pan-

31 Der Spiegel, 31/2012

32 Der Spiegel, 19/2012

zern zu einem Gegengewicht zu Iran aufgebaut werden.“ (33)
 So ist auch die Haltung von Frau Merkel zu verstehen, die ihren Regierungssprecher Seibert sagen lässt: „Saudi-Arabien ist aus unserer Sicht durchaus ein Stabilitätsfaktor in der Region.“ (34)
 Und sie fügt hinzu: „Wir brauchen Stabilität und Sicherheit, gerade der Iran ist eine große Bedrohung.“ (35)

Die deutsche Bundeskanzlerin hat ihre spezifische Einteilung von „Diktatoren“. Während sie den letzten Präsidenten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien in diese Kategorie einordnete, pflegt sie den Umgang mit den reaktionären, diktatorischen Herrschern Saudi-Arabiens und Katars als Partner, die zur Schaffung von Ruhe und Ordnung, von Friedhofsruhe in ihren Regionen „ertüchtigt“ und mit den dafür erforderlichen Waffensystemen ausgerüstet werden. Über die Verweigerung und Missachtung elementarer Menschenrechten in den Golf-Diktaturen schweigen sich die Bundesregierung und ihre sonst so in diesen Fragen zu vernehmende Kanzlerin aus. „Der Spiegel“ kommt nicht umhin festzustellen: „Menschenrechtsfragen spielen bei diesen Überlegungen keine Rolle. Das Regime in Riad gehört zu den repressivsten der Welt. Saudi-Arabien hat dem Nachbarland Bahrein geholfen, einen Aufstand im Innern niederzuschlagen. Es exportiert zudem den Wahhabismus, eine extrem fundamentalistische Spielart des Islam in der arabischen Welt.“ (36)

So bedient die „Merkel- Doktrin“ gleich mehrere Geschäfte des deutschen Imperialismus – die Ausschaltung oder Niederhaltung von Volksbewegungen für Demokratie und Souveränität, die Eliminierung unliebsamer Regime und die Sicherung geopolitischer und geökonomischer Interessen.

So sollen diese Geschäfte genutzt werden, um im Interesse geopolitischer und geökonomischer Ziele unliebsame Regime wie in Syrien und im Iran zu eliminieren.

33 Der Spiegel, 31/2012

34 Berliner Zeitung, 4. Dezember 2012

35 ebenda

36 Der Spiegel, 31/2012

Saudi-Arabien und Katar gehören offensichtlich zu den „neuen Gestaltungsmächten“, mit denen die BRD einen Beitrag zu einer; wie es heißt, „positiven Entwicklung der multipolaren Welt leisten“ will. Dem vom Westerwelle-Ministerium entwickelten Konzept zufolge bringen solche Mächte „einen starken Gestaltungswillen in verschiedenen Politikbereichen zum Ausdruck. Mittel- bis langfristig kommt ihnen eine zentrale Bedeutung für die Gestaltung regionaler Prozesse und globaler Ordnungspolitik zu.“ (37) Westerwelle hat im vergangenen Jahr wiederholt die Golfstaaten besucht. Zu einer Zeit, da Saudi-Arabien und Katar maßgeblich ihren Willen zur „Gestaltung regionaler Prozesse“ in Syrien bewiesen haben.

„Ordnungspolitisch“ können „Gestaltungsmächte“ dazu beitragen, Bundeswehreinätze zu minimieren oder überhaupt gegenstandslos zu machen. Durch solchen Effekt von Waffengeschäften können die Mittel für Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht nur reduziert werden, sondern es fließen neben den Profiten für die Waffenschmieden auch Steuermittel in die deutsche Staatskasse.

Der gleiche Effekt wird mit der Indienststellung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr angestrebt, die der Bundeswehrminister der Kanzlerin de Maiziere als „technologisch sinnvoll, ethisch vertretbar und militärisch geboten.“ bezeichnet (38).

Tragendes Fundament deutscher Außenpolitik

Die deutsche Bundeskanzlerin betonte Anfang des Jahres beim Deutschland-Besuch von US-Vizepräsident Joe Biden euphorisch, an der transatlantischen Freundschaft müsse Jahr für Jahr weitergearbeitet werden. Für Deutschland seien die Vereinigten Staaten nicht nur ein außerordentlich wichtiger Partner, sondern auch ein Freund. (39)

Manche politischen Beobachter verstanden Merkels Eloge angesichts der Verlegung des strategischen Schwerpunktes der USA auf die pazifisch-asiatische Region als Appell an Washington,

37 [www.auswartiges-amt.de/DE/Außenpolitik/Globale Fragen](http://www.auswartiges-amt.de/DE/Außenpolitik/Globale_Fragen)

38 zit- in: Junge Welt, 11. Februar 2013

39 www.finanznachrichten.de nachrichten, 4. Februar 2013

nicht das transatlantische Bündnis zu vernachlässigen. „Wird die NATO nur noch zu einem strategisch hohlen Relikt transatlantischer Zuneigungsbekundung und spielt die sicherheitspolitische Musik nun neuerdings im Pazifik?“, wurde gefragt. (40) Es wäre absurd anzunehmen, der US-Imperialismus würde seinen Einfluss im eurasischen Raum aufgeben. Es wäre abwegig zu meinen, er würde die historische Kontinuität der Einbeziehung europäischer NATO-Mitglieder in seine Weltordnungsaktionen künftig gering schätzen. Und so unterstrich denn Joe Biden auf der Münchener Sicherheitskonferenz Anfang des Jahres, „Europa sei für die USA weiterhin unentbehrlich und die amerikanisch-europäischen Beziehungen seien äußerst bedeutsam.“ Er fügte hinzu, die europäischen Bündnispartner sollten aber „der Verlegung des strategischen Schwerpunktes der USA folgen, weil Frieden und Sicherheit in Asien auch in Europas Interesse sei.“ (41)

Frieden und Sicherheit sind im Selbstverständnis der Strategen im Pentagon durch den ökonomischen und politischen Aufstieg Chinas „bedroht“. Deshalb sähen sich die USA veranlasst, ihre Strategie der „Wiederherstellung des Gleichgewichts“ ins Leben zu rufen. (42) Die Obama-Administration betreibt deshalb unter dem Titel „American Pazific Century“ eine Eindämmungsstrategie. Sie wendet sich gegen die angeblich „bedrohliche Hochrüstung“ Chinas. Ein Vergleich mit den USA zeigt: Die Volksrepublik wendet gleichbleibend 1,4 Prozent des Brutto sozialprodukts für Verteidigungszwecke auf. Die USA stecken 4,5 Prozent in die Rüstung. (43)

Das „Interesse“ der USA-Administration an Frieden und Sicherheit in der Region wird auf australischem Territorium durch Truppenstationierungen, die Nutzung von Hafenanlagen durch die US-Navy und die Errichtung eines Drohnenstützpunktes demonstriert. Stützpunkte sind auch auf den Philippinen, in Singapur, Thailand, Südkorea und Japan eingerichtet.

40 www.sicherheitspolitik-blog.de, 14. September 2012

41 <http://german.cri.cn>, 4. Februar 2013

42 ebenda

43 Th. Willms, Das neue Wettrüsten, in: Marxistische Blätter, 1-13

Nato-Vize-Generalsekretär Alexander Vershbow forderte – wie Biden – die europäischen Partner auf, die neue US-Strategie zu unterstützen: Sie sollten sich entweder gemeinsam mit den USA direkt im Asien-Pazifik-Raum einsetzen oder den Verteidigungsdruck in anderen Gebieten mittragen. (44)

Die deutsche Bundeskanzlerin lässt sich das nicht zwei Mal sagen. Die Bundesregierung unterstützt nicht nur, wie gegenwärtig in Mali, den „Verteidigungsdruck“. Sie beteiligt sich auch – ungeachtet wirtschaftlicher Beziehungen und Vorteile – an der Eindämmungsstrategie gegen China. „Der Spiegel“ gibt ihre Position wieder: „Die Regierung solle auch in potentielle Konfliktregionen wie den Nahen Osten oder Südost-Asien Waffen liefern. Die Staaten vor Ort könnten damit für Ruhe und Ordnung sorgen.“ (45)

In den ersten Jahren der Merkel'schen Kanzlerschaft (von 2007 bis 2010) gingen 27 Prozent der deutschen Waffenexporte nach Asien und Ozeanien. Und die Bundesregierung ist weiterhin bemüht, sich „gemeinsam mit den USA direkt im Asien-Pazifik-Raum einzusetzen.“ Anlässlich der Unterzeichnung einer „Absichtserklärung über eine Strategische Partnerschaft“ mit Australien bemerkte BRD-Außenminister Westerwelle, dass Deutschland über Australien weitaus stärker als bisher im unmittelbaren Umfeld Chinas Einfluss ausüben und eine aktivere Rolle im künftig wohl zentralen Konflikt zwischen dem Westen und Peking spielen könne. (46) Militärische Maßnahmen sind in diese angestrebte Rolle der BRD einbezogen. Mit Malaysia hat die BRD einen „Sicherheitsdialog“ mit hochrangigen Militärs und Politikern beider Seiten begonnen. Die BRD ist bestrebt aufzuholen. Militärkooperationen werden vereinbart. Waffenexportgeschäfte werden erweitert und „sicherheitspolitische Absprachen“ mit asiatischen Staaten angesteuert. Bundeswehrminister de Maiziere verspricht als Weltmacht-Vertreter, Deutschland werde sich auch für Asien engagieren. (47)

44 <http://german.cri.cn>, 4. Februar 2013

45 Der Spiegel, 19/2012

46 German Foreign Policy, Newsletter, 30. Januar 2013

47 <http://german.cri.cn>, 4. Februar 2013

Das transatlantische Bündnis bleibt für die heutige BRD Basis und Voraussetzung für die Beteiligung an imperialistischen Weltordnungsstrategien.

Unter der Flagge von „Frieden und Sicherheit“ wird mit der weiteren Militarisierung des asiatisch-pazifischen Raums zunehmend der Weltfrieden gefährdet. Und Angela Merkel verdeutlicht unmissverständlich: Die Partnerschaft mit den USA und das transatlantische Bündnis seien tragendes Fundament deutscher Außenpolitik. (48)

Deutscher Führungsanspruch

Nach dem Untergang des europäischen Sozialismus hat der deutsche Imperialismus seine weltpolitischen Ambitionen in praktische Politik umgesetzt.

Kohl proklamierte in einer Regierungserklärung bald nach dem Anschluss der DDR: „Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen, es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachttrolle bekennen und diese ausweiten.“ (49) Die „Rückkehr zur Normalität“, wie er und sein Justizminister Kinkel zu sagen pflegten, sei geboten. Unter seinem Nachfolger im Amt Gerhard Schröder wurde die „Rückkehr zur Normalität“ konkretisiert. Er leitete die Reform der Bundeswehr zu einer global einsetzbaren Interventionsstreitmacht ein und nannte diese Maßnahme „Enttabuisierung des Militärischen“. (50)

In den immer wieder aktualisierten Verteidigungspolitischen Richtlinien ist die Aufgabe gestellt, den Zugang zu Ressourcen und Märkten – gegebenenfalls auch mit Gewalt – zu sichern. Mit dieser Aufgabe ist die Bundeswehr längst zum globalen Akteur geworden. Deutsche Kapitalinteressen werden inzwischen in etlichen Regionen der Welt „verteidigt.“

Die deutsche Bundeskanzlerin, seit acht Jahren im Amt, setzt die von ihren Vorgängern Kohl und Schröder aufgelegte hegemonistische Politik mit deutscher Gründlichkeit fort. Sie ist bestrebt, die ökonomischen und militärischen Potenziale mög-

48 www.koerber-stiftung.de/internationale-politik/bergedorfer-gespraechskreis

49 taz, 31. Januar 1991

50 Frankfurter Rundschau, 7. Juni 2002

lichst der gesamten EU für eine „Neukonstituierung des Westens“, wie die „Ausweitung“ der deutschen Weltmachtrolle umschrieben ist, zu nutzen. Als Krisenmanagerin hat sie alles daran gesetzt, mit dem Fiskalpakt wesentliche Souveränitätsrechte der EU-Mitgliedsländer an die Brüsseler Zentrale zu übertragen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hatte im September 2011 in Thesen verlangt, die EU, in der die BRD die ökonomisch und politisch stärkste Macht ist, müsse sich zu einem Globalplayer entwickeln. „Die weltwirtschaftlichen Geschicke werden zukünftig nicht mehr auf einer G-8 oder G-20-Ebene entschieden, sondern auf einer G-3- oder G-2-Ebene.“ Es ginge nun darum, „ob Europa die Rolle des Dritten im Bunde spielen kann und will“, so der BDI. (51)

Wenige Wochen später meldete die CDU, die europäischen Dinge entwickelten sich im vorgegebenen Rahmen. Auf dem Leipziger CDU-Parteitag im November 2011 verkündete der Fraktionschef der Unionsparteien im Bundestag Kauder unter dem Beifall auch seiner Parteivorsitzenden und Kanzlerin: „Jetzt wird in Europa Deutsch gesprochen...Wir befinden uns in Europa in einer gewissen Zeitenwende...Wir spüren, dass wir dieses Europa in eine neue Zeit führen müssen.“ (52)

Nicht nur die ökonomischen, auch die militärischen Potenziale der EU-Mitgliedsländer will die Bundesregierung ebenfalls bündeln und in einer europäischen Armee vereint wissen. Im März 2007, als die BRD noch Exportweltmeister war, äußerte sie: „Wir müssen einer gemeinsamen europäischen Armee näherkommen.“ (53) Dieser Wunsch der Kanzlerin ist bisher nicht erfüllt worden. Vor allem Großbritannien und Frankreich waren und sind nicht bereit, ihre nationalen Belange völlig den bundesdeutschen Führungsansprüchen zu opfern.

Das hindert die Bundesregierung in keiner Weise an ihrer Zielsetzung fest zu halten, nicht nur EU- Europa in „eine neue Zeit zu führen“, wie Kauder sich auszudrücken beliebt. Zugleich

51 www.bdi.eu/statements

52 www.spiegel.de, 14. November 2011

53 zit. in: Junge Welt, 2./3. Februar 2013

sollen Voraussetzungen geschaffen werden, um die Weltmachtrolle des imperialistischen Deutschland „auszuweiten.“ Wie Kauder setzt auch Bundeswehrminister de Maiziere auf eine deutsche Führungsaufgabe in EU- Europa. Er denke, dass Deutschland hinsichtlich Auslandseinsätzen der Bundeswehr öfter gefragt werden könnte. „Nicht nur weil wir eine Führungsverantwortung in Europa haben, sondern auch weil wir erwachsen geworden sind“ und „internationale Einflussnahme nur dann stattfindet, wenn sich Deutschland auch bei schwierigen globalstrategischen Themen wie Finanzen und Sicherheit beteiligt.“ (54) Die Kriegsteilhabe des größer gewordenen imperialistischen Deutschland per Scheckbuch oder Einsatz von Truppen ist seit dem ersten Golfkrieg üblich geworden.

Mit welchen Mitteln und Methoden „internationale Einflussnahme“ im Rahmen deutscher Hegemonialpolitik erreicht werden soll, hatte Angela Merkel auf der 42, Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2006 recht burschikos dargelegt: „Die zentrale außenpolitische Zielsetzung lautet, Politik und Handeln anderer Nationen so zu beeinflussen, dass damit den Interessen und Werten der eigenen Nation gedient ist. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern.“ (55) Die Art, mit der sie dort auftrat, erinnert an den Abenteurer Theodor Roosevelt, der Ende des 19. Jahrhunderts nach der Ermordung Mc Kinleys Präsident der USA wurde. Sein Credo zur Durchsetzung der Weltmachtrolle der USA lautete: „Freundlich sprechen und einen großen Knüppel bei sich haben. So kommt man am weitesten.“ (56) Roosevelt gab dem Knüppel den Vorzug. Merkel will sich moderner Mittel bedienen. Inzwischen sind auch Marschflugkörper nicht mehr vorrangig gefragt. Bewaffnete Drohnen stehen auf dem Programm.

Auf einer Bundeswehr -Tagung in Strausberg im Oktober 2012 formulierte die Bundeskanzlerin Erfordernisse heutiger „zentraler außenpolitischer Zielsetzung“ so: „Ein Land wie Deutsch-

54 zit. in: Neues Deutschland, 18. Dezember 2012

55 Münchener Sicherheitskonferenz, 3. Februar 2006, Wissenschaft&Frieden , 2011

56 L.A. Beljawska, Theodor Roosevelt, Ideologie und Politik des amerikanischen Imperialismus, Neue Studien zum Imperialismus, Hrsg. Von F. Klein, Berlin 1980, S.229

land, als größte Volkswirtschaft in Europa und mit seiner Bevölkerungszahl und mit seinen Ressourcen, sollte ein breites Spektrum an Fähigkeiten vorhalten.“ (57) Und sie fügte auf der gleichen Tagung hinzu: „Für die weltpolitischen Aktivitäten Deutschlands müsse man „alle zur Verfügung stehenden Instrumente vernetzen. Wirtschaftspolitische, entwicklungspolitische, diplomatische, polizeiliche und militärische müssen Hand in Hand gehen.“ (58)

Dritter Versuch

Die deutsche Bundeskanzlerin rechtfertigt in den internationalen Beziehungen „in letzter Konsequenz“ die Anwendung von Gewalt, die Führung von Krieg. So gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien...

Sie rechtfertigt den Einsatz der Bundeswehr in den Ressourcen- und Weltordnungskriegen bzw. die logistische Unterstützung solcher Feldzüge. 35 Auslandseinsätze verbucht die Bundeswehr seit 1990.

Sie rechtfertigt den neue Kriegsherde fördernden Waffenexport auch in gefährliche Spannungsgebiete. Für die Belieferung auch solcher „Partner“, die die Menschenrechte mit Füßen treten, gibt es kein Tabu. „Frieden“ schaffen mit immer mehr Waffen jubeln die deutschen Waffenschmied.

Die deutsche Bundeskanzlerin erläutert: „Es ist unsere geschichtliche Verantwortung, aber auch unser ureigenes Interesse, die uns zu einer engen und verantwortungsvollen europäischen und transatlantischen Partnerschaft verpflichten. Sicherheit ist niemals selbstverständlich. Neue Herausforderungen, neue Risiken verlangen von uns neue Antworten: Internationaler Terrorismus, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, zerfallende Staaten und die Folgen des Klimawandels – all dem können wir nicht allein, sondern nur gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und der Welt wirksam begegnen.“ (59)

57 zit. In: Junge Welt, 24. Oktober 2012

58 GFP.com.vertrauenswürdige-partner, 16. November 2012

59 zit. In: Junge Welt, 20. Juli 2010

„Neue Herausforderungen“, „neue Risiken“, „neue Bedrohungen“ – Frau Merkels Feindbild ist vielseitig. Selbst die „Folgen des Klimawandels“ werden von ihr bemüht.

Gestern beschränkte sich das Feindbild des Imperialismus auf den „Kommunismus“, auf die „Gefahr aus dem Osten“, gegen die man sich „gemeinsam verteidigen“ musste. Heute ist „Verteidigung“ „entgrenzt“. . Heute kann die Bundeswehr endlich weltweit für „Ruhe und Ordnung“ sorgen. Gestern wurde das gegen den Sozialismus entfesselte wahnwitzige zu -Tode -Rüsten zum Jahrhundertgeschäft der Rüstungskonzerne. Auch das neue Jahrhundert gestaltet sich mit dem veränderten Feindbild äußerst profitabel. Gestern verhinderte ein annäherndes militärisches Gleichgewicht imperialistische Neuordnungskriege. Heute entäußert der Imperialismus sein aggressives Wesen in immer neuen Interventionskriegen. Die Verantwortlichen für diese Verbrechen behaupten, es ginge in diesen Kriegen um die Wiederherstellung von „Stabilität“ und „Sicherheit“, um „immerwährende Freiheit“ und „Demokratie“.

Die Kriege, die die Supermacht USA mit „Willigen“, die die NATO in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten führten, forderten bisher über eine Million Tote, forderten Millionen Kriegsversehrte. Millionen Menschen wurden zu Flüchtlingen, verloren Heimat und Existenz

Die „Berliner Zeitung“ zeichnet das Bild, das Länder, die die „Schutzverantwortung“ der NATO erfuhren, bieten: „Afghanistan und Irak, das sind die beiden großen Testfälle des westlichen Interventionismus der jüngeren Geschichte. Sie sind beide gescheitert. Die USA und ihre Verbündeten haben Irak als zerstörtes Land hinterlassen...das Land wird von einer schiitischen Clique regiert, es herrscht allenfalls eine Karikatur von Demokratie. Bis heute gehören Selbstmordanschläge zum Alltag, die beweisen, dass Terrorgruppen sich dort frei bewegen und zuschlagen können. Ähnlich ist die Lage in Afghanistan, wo die öffentliche Ordnung nur mühsam dank der noch stationierten ISAF -Truppen aufrechterhalten wird.“ (60) Nicht viel

anders ist die Lage in Libyen. Schlimmer noch ist sie im anhaltenden Stellvertreterkrieg gegen Syrien.

Das politische Führungspersonal der BRD rechtfertigt die deutsche Teilhabe an Militärbündnissen, an direkten und indirekten Aggressionshandlungen bekanntlich mit der Erklärung, dass dadurch auch „Deutschlands Sicherheit verteidigt“ werde. Mit diesem empörenden Betrug soll offensichtlich verschleiert werden, in welchem hohem Maße damit die Sicherheit und das Leben des deutschen Volkes und darüber hinaus der Völker Europas bedroht sind.

Das betrifft auch die Bedrohung durch us-amerikanische Waffen und Waffensysteme. Auf unserem Kontinent lagern US-amerikanische Atomwaffen. Auf deutschem Boden befinden sich 20 solcher Bomben. Die Bundeskanzlerin befürwortet und begrüßt diese Lagerung. Auf dem NATO-Gipfel Ende Mai 2012 stimmte sie, gemeinsam mit ihrem Außenminister, ausdrücklich dem Beschluss über deren Verbleib in der Eifel zu. Im Koalitionspapier der schwarz-gelben Koalition wird zwar der Abzug dieser Massenvernichtungswaffen gefordert. Doch die Bundeskanzlerin findet die Lagerung dieser Waffen in Deutschland richtig. Sie sicherten nämlich Deutschland „Einfluss im Bündnis, auch in diesem sensiblen Bereich.“ (61) Es geht der Bundeskanzlerin demnach gar nicht um die Sicherheit Deutschlands. Es geht ihr um „Einfluss im Bündnis“, um eine „Neukonstituierung des Westens“, um die Ansprüche, die die Weltmacht Deutschland erhebt.

Eine weitere ernste Bedrohung des Friedens in Europa stellt das US-amerikanische NATO-Projekt eines Raketenabwehrsystems dar. Mit seinem Aufbau wurde begonnen. Es sei angeblich gegen iranische Raketen gerichtet, behauptet die Obama-Administration. Doch schon vor sieben Jahren hatte die der US-amerikanischen Rüstungsindustrie nahestehende Zeitschrift „Foreign Affairs“ berechnet, dass mit solchem System das bestehende nukleare Gleichgewicht zwischen den USA und Russ-

61 Der Spiegel, 40/2009

land ausgehebelt werden könne, wodurch dessen Zweitschlagkapazität für mögliche Vergeltungsschläge verloren ginge.

So schafft der Aufbau des NATO-Systems nicht nur Misstrauen in den Beziehungen zwischen Russland und den USA. Es fördert auch das Wettrüsten. Einen russischen Vorschlag zur Schaffung eines Systems der europäischen Sicherheit ließen die NATO-Mächte unbeantwortet. Frau Merkel meint: „„Das System ist ausdrücklich nicht gegen Russland gerichtet.“ (62) Es sei „sinnvoll und richtig.“ (63) Das Leitzentrum des Systems wird übrigens auf deutschem Boden eingerichtet.

Deutsche Interessen, wenn darunter die des Volkes zu verstehen sind, haben für die herrschenden Kräfte bei ihren Versuchen, den Status einer Weltmacht zu erreichen, oder, wie man heute sagt, „Globalplayer“ zu sein, nie eine Rolle gespielt. Weder bei den ersten beiden Versuchen, noch heute. Stets geht es um Macht in der Welt und um ökonomische Interessen. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien aller Bundesregierungen besagen, dass es um den „sicheren Zugang zu Ressourcen“ geht. Um den Transport von Erdöl und Erdgas durch zu verlegende Pipelines, um Absatzgebiete für den Export-Vizeweltmeister. Oder, um den jüngsten Feldzug in Mali zu nennen: Es geht nicht nur um Uran und Gold. Es geht auch um das gigantische Desertec - Projekt. Afrikanische Sonne soll in elektrischen Strom umgewandelt und nach Europa, vor allem in die BRD, geleitet werden.

Aufschlussreich waren auch die Aussagen des künftigen US-Außenministers John Kerry bei seiner Anhörung vor dem US-Senat. Sie belegen den Charakter dieses Feldzugs als Weltordnungskrieg. Kerry sagte nämlich: „Nun zu China und Afrika. China ist in ganz Afrika vertreten – ich betone, in ganz Afrika. Und sie schließen langfristige Verträge über Mineralien ab...Und es gibt einige Gegenden, da sind wir gar nicht im Spiel, Leute. Ich sage das nicht gerne. Aber wir müssen da rein.“ (64)

62 Spiegel online, 4. Mai 2012

63 Blick.ch, 4. Mai 2012

64 zit. In: Unsere Zeit, 8. Februar 2013

Was also hat Angela Dorothea Merkel als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland von den Psalmen in der Heiligen Schrift, die dem Frieden gewidmet sind und von den christlichen Geboten, die sie in ihrem Elterhaus erfuhr, bewahrt?

Von einem Handeln in diesem Sinne ist nichts aufzuweisen. Die Hoffnung auf die Friedfertigen, die in der Bergpredigt in Galiläa am See Genesareth gehegt wurde, wird durch Haltung und Tun der Bundeskanzlerin und Vorsitzenden der Partei, die das Christliche im Namen führt, bitter enttäuscht und durchkreuzt. Im Dienste des Weltmachtstrebens des deutschen Imperialismus mag bei Umfragen unter einem manipulierten, nicht durchblickenden Publikum Angela Merkel die „beliebteste Politikerin in Deutschland“ bleiben. Dass sie „mächtigste Frau der Welt“ sei, wie eine US-Zeitschrift meint, mag ihr schmeicheln. Im Zeitalter der Transnationalen Konzerne und Großbanken, also bei Betrachtung der realen Machtverhältnisse in der Welt und in der BRD, erweist sich solche Aussage als billige Provinz-Posse. Dass sie - nach bekanntem Vorbild - in europäischen Hauptstädten als „Eiserne Lady“ gilt, dürfte angesichts der Folgen ihres Spardiktats, die Millionen in Erwerbslosigkeit und Armut stürzen, nicht überraschen. Auch nicht die Art der Begrüßung, die ihr bei ihrem Athen-Besuch widerfuhr. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schrieb: „So ist die Bundeskanzlerin noch nirgends empfangen worden: mit militärischen Ehren und mit Hakenkreuzfahnen.“ (65)

Ob die Bundeskanzlerin manchmal darüber nachdenkt, ob sie angesichts der Enttäuschung, die sie mit ihrer Politik den Friedfertigen bereitet, nicht zu jenen zählen dürfte, denen Jesus in seiner Bergpredigt verspricht, dass sie „Gottes Kinder heißen“ werden?